

FORM NO. 51-61
MAY 1949

CLASSIFICATION **CONFIDENTIAL**

CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY

INFORMATION REPORT

INTEL OFAX 23

REPORT NO. [REDACTED]

CD NO.

DATE DISTR. 18 May 1951

NO. OF PAGES

NO. OF ENCLS. 1 (128 pages)
(LISTED BELOW)

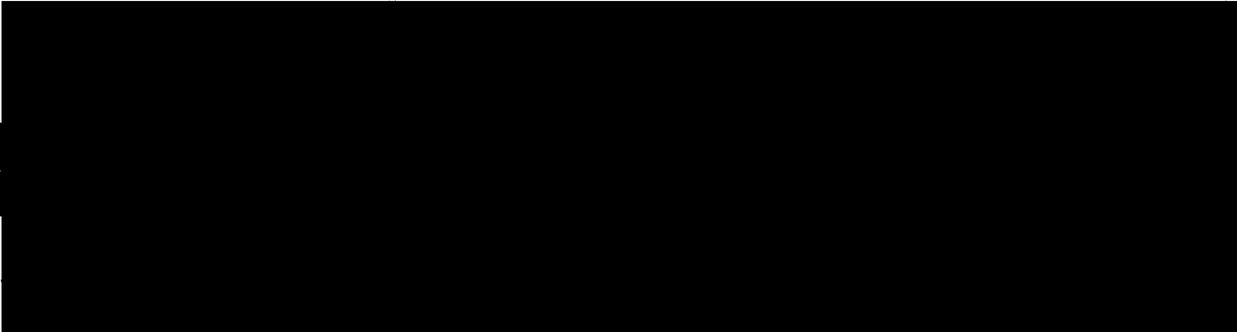
SUPPLEMENT TO REPORT NO. 25X1X

COUNTRY Germany (Russian Zone)

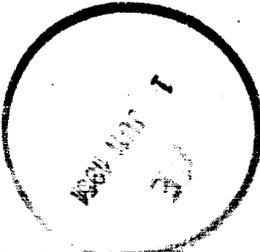
SUBJECT Information Material

PLACE ACQUIRED [REDACTED]

DATE OF ACQUIRED [REDACTED]



Attached are a number of press-service circulars and other information circulars put out by pro-Communist agencies in Germany.



CLASSIFICATION **CONFIDENTIAL**

STATE	NAVY	NSRB	DISTRIBUTION			
ARMY	AIR					

ILLEGIB

Approved For Release 2001/09/10 : CIA-RDP83-00415R008200060006-8

Next 61 Page(s) In Document Exempt

Approved For Release 2001/09/10 : CIA-RDP83-00415R008200060006-8

CONFIDENTIAL
- 3 -

Adenauer warf auch die Frage einer größeren Anleihe für Westdeutschland auf. Der Seperatkanzler mußte sich jedoch mit der Antwort Eisenhowers begnügen, dass er keine Vollmacht besitze, über dieses Thema zu verhandeln. Abschliessend forderte Eisenhower, so heißt es in der TÄGLICHEN RUNDSCHAU:

"Sorgen sie für den psychologischen Durchbruch in Deutschland. Stellen sie die Armee auf die Beine! Um die Franzosen und Italiener werden wir uns selbst kümmern."

Und zu all diesen Forderungen hatte Adenauer laut UP nichts anderes zu sagen, als

"meine Unterhaltung mit General Eisenhower war fruchtbringend und ich bin absolut zufrieden. Ich habe aber auch den Eindruck, daß dies die Ansicht aller deutschen Teilnehmer ist, ohne Unterschied der Parteirichtungen".

Adenauer hat damit noch ein ^{mal} bewiesen, daß er voll und ganz hinter der amerikanischen Remilitarisierungspolitik steht.

Angesichts des guten Einvernehmens sind DPA zufolge die Teilnehmer der Zusammenkunft mit Eisenhower der Ansicht, daß Eisenhower demnächst zu einem längeren Besuch nach Westdeutschland kommen und dabei auch direkte Verhandlungen mit Bonn aufnehmen werde.

Inzwischen beriet das Bonner "Kabinett" ein sogenanntes "Rahmengesetz zum Schutze der inneren Sicherheit", das als Vorstufe für die zwangsweise Einführung des Militärdienstes gedacht ist. In dem Gesetz soll auch der Adenauer-Erlaß über die Entlassung aller Demokraten aus dem öffentlichen Dienst in verschärfter Form verankert werden, meldet ADN.

Die Wiederaufrüstung wird den westdeutschen Steuerzahlern neue Lasten aufbürden. "Finanzminister" Schäffer erklärte, daß der am 1. April 1951 beginnende Etat die Ausgaben des laufenden Haushalts um 4,5 Mrd. DM übersteigen werde. Von diesen 4,5 Mrd. DM sind, so heißt es im TAG, 1970 Millionen für die "Sicherheit" der Bundesrepublik aufzubringen. Und zwar 1 700 Millionen für die Verstärkung der alliierten Streitkräfte in Westdeutschland und 270 Millionen für die Bildung neuer Polizeieinheiten.

Nach der TÄGLICHEN RUNDSCHAU beträgt die zusätzliche Steuerlast mehr als 2 Mrd. DM. DIE NEUE ZEITUNG berichtet: Schäffer kündigte eine Erhöhung der Umsatzsteuer von 3 auf 4 vom Hundert und der Körperschaftsteuern von 50 auf 60 vom Hundert an. Ferner sollen eine Reihe von "Vergünstigungen" des Einkommensteuergesetzes künftig fortfallen.

CONFIDENTIAL

CONFIDENTIAL

Wie aus dem Bonner "Finanzministerium" verlautet, soll der Finanzausschuß für den Wiederaufbau demontierter Rüstungsbetriebe in Westdeutschland eine erste Rate in Höhe von 50 Millionen DM befürwortet haben. Nordrhein-Westfalen hatte bereits 100 Millionen DM für den gleichen Zweck bereitgestellt.

Wie sehr sich der Widerstand gegen die amerikanischen Remilitarisierungspläne Westdeutschlands verstärkt, geht aus einem offenen Brief der NÜRNBERGER NACHRICHTEN an Eisenhower hervor.

Die Zeitung schreibt:

"Erwarten sie in der Tat, bei einem so dezimierten Volke wie wir es sind, eine Herde blinder Selbstmörder zu finden?... Wenn sie nun drohen, auch Amerika könne 'ohne uns' sagen und sich zurückziehen, dann wirkt das bei offiziellen Politikern und Funktionären, und es wirkt bei denen, die um ihre Banknoten, um ihre Häuser und Autos zittern. Die Massen aber, die in Frieden leben und arbeiten möchten, sind viel-mehr davon überzeugt, daß Amerika, wenn es dies täte, damit zu einer Politik käme, die der Erhaltung des Friedens vielleicht sogar dienlich wäre."

Die Schweizer Zeitung DIE TAT, die von der STUTTGARTER ZEITUNG vom 22. Januar zitiert wird, unterstreicht die Foststellungen der NÜRNBERGER NACHRICHTEN, indem sie schreibt:

"Der deutsche Hintergrund, vor dem diese Gespräche abrollen, ist freilich so wenig ermutigend wie der amerikanische. In den letzten Wochen hat sich die Kluft zwischen oben und unten, zwischen offiziellen Bemühungen und den Reaktionen der Volkstimmung in der Aufrüstungsfrage sichtbar erweitert. Die Basis, auf die sich die Bonner Führung in dieser Frage stützt, ist im Verlauf der Auseinandersetzung nicht etwa breiter, sondern schmaler geworden."

ZUR AUFRÜSTUNG DER WESTLICHEN STAATEN

Wie DER TAG schreibt, hat der Besuch Eisenhowers in Holland, über dessen Aufrüstung er äusserst "enttäuscht" war, "wahrscheinlich" dahin geführt, daß der Generalstabschef der niederländischen Streifkräfte, General Kruls, seines Postens enthoben wurde. Gleichzeitig trat auch sein Stellvertreter zurück. In dem amtlichen Kommuniqué darüber heißt es, daß

"ein zu großer Meinungsunterschied zwischen dem Ministerium und dem holländischen Oberkommando über die Frage besteht, wie die holländischen Streitkräfte organisiert werden sollen".

CONFIDENTIAL

-5-

CONFIDENTIAL

- 5 - F

Im Hinblick auf die große "Beliebtheit" Eisenhowers versetzte das französische Innenministerium - einer AP-Meldung in der BERLINER ZEITUNG zufolge - alle Polizei- und Militäreinheiten im Raum von Paris in Alarmzustand. Eisenhower wird bekanntlich auf seiner Rückreise Paris noch einmal aufsuchen. Vom Allgemeinen Gewerkschaftsbund, von der KPF, vom Frauenbund und vom Republikanischen Jugendbund wird vorgeschlagen, den 24. Januar zum "Tag des patriotischen Protests" zu erklären.

Im amerikanischen Kongreß wurden u.a. die Rüstungsanstrengungen der Nordatlantikpaktmächte erörtert. Wie DER KURIER meldet, soll der republikanische Kongreß-Abgeordnete Gawin die sofortige Beteiligung Spaniens an dem "westlichen Verteidigungsplan" gefordert haben. Die USA könnten es sich vom militärischen Standpunkt aus nicht leisten, Spanien weiter zu vernachlässigen.

Über die Rüstungsanstrengungen anderer Länder äusserte sich Gawin, der im Auftrage des Militärausschusses Europa bereist hatte, sehr kritisch. Für Frankreich seien, an den Ergebnissen gemessen, viel zu große Ausgaben gemacht worden. Auf die italienischen Truppen sei nur Verlass, solange sie ihr eigenes Land verteidigen. Auch Großbritannien halte er nicht für fähig, große Rüstungsanstrengungen zu leisten, solange es eine "sozialistische Regierung" habe.

THE MANCHESTER GUARDIAN vom 18.1. berichtet, daß sich der spanische Gesandte in den USA, Lequerica, nach der Überreichung seines Beglaubigungsschreibens bei Truman beeilt habe, folgende Erklärung abzugeben:

"Spanien ist bereit, sich mit den Ländern zu vereinigen, die die Zivilisation ...vertreten. Wir haben 400 000 Mann unter den Waffen und könnten diese Zahl innerhalb von 14 Tagen auf 1 Million und im ganzen auf 2 Millionen Mann erhöhen."

Wie UP aus Washington berichtet, forderte Senator Bridges am Dienstag Präsident Truman auf, sein Budget, das sich auf 71 Millionen Dollar beläuft, noch einmal zurückzuziehen und es später erneut vorzulegen, jedoch nicht ein Budget, "dessen Ausgaben uns ruinieren".

Bridges erklärte zu der Forderung Trumans, für sein Mobilisierungsbudget eine Erhöhung von 16 1/2 Milliarden vorzunehmen, er werde es aber solange ablehnen, irgendeiner Steuererhöhung zuzustimmen, bis ernsthafte und umfassende Versuche unternommen worden sind, die Befugnisse der Regierung zu beschneiden.

CONFIDENTIAL

CONFIDENTIAL

- 6 - F

Der republikanische Mason forderte eine Senkung der Ausgaben und erklärte:

"Dieses Budget ist ein grosser Schritt vorwärts auf dem Wege zum Abgrund. Wenn Stalin selbst die Möglichkeit hätte, die USA von innen her zu schwächen, dann könnte er kaum einen Plan ersinnen, der besser geeignet ist, die Regierung der USA zu vernichten. Wir werden hier aufgefordert, das Geld so auszugeben, daß wir ruiniert sind."

USA-Superbomber führten vergangene Woche einen Übungsflug durch. DIE WELT vom 22.1. bemerkt dazu, daß die Bombentraglast 42 t beträgt

"Viermal so viel wie die der 'kleinen' B 29, die ihre Lasten über Deutschland und Japan abgeladen haben... Man läßt in den USA keinen Zweifel darüber, welche Ziele man beim Training im Auge hat. Mittlerweile hat SAC (Strategic Air Command) über 2 Millionen Informationen, Zeichnungen und Fotos von 'Zielen' aus der Sowjetunion gesammelt. Die meisten Fotos stammen übrigens aus den Archiven der ehemaligen deutschen Luftwaffe."

ZU DEN EREIGNISSEN IN KOREA

Wie wir bereits gestern berichteten, legte der indische Delegierte Rau dem Politischen Ausschuss der UNO Chinas neue Vorschläge zur Lösung des Korea-Problems vor, werauf er seine Vertagung um 48 Stunden beantragte. DER KURIER meldete dazu, daß es daraufhin zum erstenmal seit den Kämpfen in Korea dazu kam, daß die britische und französische Delegation in der UNO gegen die USA stimmten. Mit 27 gegen 23 Stimmen wurde dann die Beratung um 48 Stunden - entgegen dem USA-Vorschlag - vertagt.

DER KURIER vom 23.1. berichtet, daß die Zeitung NEWS CHRONICLE angesichts dieser Tatsache schreibt:

"Die Aussicht auf einen offenen Bruch im britischen und amerikanischen Bündnis ist real und unmittelbar."

Die Zeitung empfiehlt, daß sich England den Wünschen der amerikanischen Politik nicht in ihrer Gesamtheit beugen solle.

Amerikanische Kreise äusserten - laut AFP - zu dieser Abstimmung, daß ein "Mangel an Solidarität in der Politik der verbündeten oder alliierten Nationen im Fernen Osten besteht".

Man hofft jedoch, so meldet die gleiche Quelle, daß es in den 48 Stunden, bis zur Wiederholung der Debatte, möglich sein werde,

-7-

CONFIDENTIAL

CONFIDENTIAL

25X1A

- 7 - F

mit Paris und London eine gemeinsame Antwort auf die letzten Vorschläge der chinesischen Regierung zu finden. In amerikanischen politischen Kreisen wird die Meinung laut, daß eine Spaltung der Westmächte in den USA und innerhalb des Kongresses eine lebhaftere Gärung hervorzurufen würde. Das würde die Aufgabe der Regierung und Eisenhowers bei seiner Rückkehr nach Washington komplizieren. Es sei bedauerlich, daß die Abstimmung im Politischen Ausschuss Meinungsverschiedenheiten zum Vorschein gebracht habe, denn es bestehe

„die grosse Gefahr, daß dies ein bedeutender Teil der Opposition im Kongress ausnutze, der die Haltung der Vereinten Nationen immer heftiger kritisiere und ein einseitiges Vorgehen der USA im Fernen Osten, namentlich gegen China, fordere“.

Wie DER KURIER schreibt, hat der Abgeordnete Mankin im Repräsentantenhaus eine Resolution eingebracht, die den Austritt der USA aus der UNO fordert.

„Die UNO sei einer der grössten Fehlschläge in der Geschichte der Menschheit“,

erklärte er.

Die gleiche Zeitung weiss zu berichten, daß die amerikanische Regierung im Begriffe sei, ihre Politik gegenüber den national-chinesischen Streitkräften auf Formosa radikal zu ändern. Tschiankaischek soll

„lediglich die Handlungsfreiheit erhalten, die er seit Beginn der Koreakrise fordert“.

Auf „jeden Fall“ wird Formosa in das amerikanische „Verteidigungssystem“ eingegliedert bleiben – schreibt DER KURIER –, wie das der amerikanische UNO-Delegierte Gross am Sonntag betonte.

Einer DPA-Meldung im NEUEN DEUTSCHLAND zufolge lehnte Premierminister Attlee in einer Erklärung vor dem britischen Unterhaus die USA-Forderung ab, China als „Aggressor“ zu erklären. Churchill bemerkte, daß ernsthafte Meinungsverschiedenheiten zwischen der amerikanischen und britischen Politik auftauchen und es zu einer möglichen Spaltung der Westmächte kommen könnte, wurde von zahlreichen Labour-Abgeordneten mit den Worten zurückgewiesen:

„Wir lassen uns nicht in einen Krieg hineinziehen.“

Angesichts dieser Entwicklung schreibt der UNO-Korrespondent der Londoner Zeitung DAILY MAIL:

- 8 -

CONFIDENTIAL

CONFIDENTIAL

"Die USA beginnen bereits, sich von der übrigen Welt isoliert zu fühlen."

Zur Lage in Korea schreibt THE TIMES, daß die Hilfsquellen der "Abwehr" erschöpft seien.

DER KURIER gibt die Stellungnahme der Pariser L'AUBE wieder, in der es heißt, das neue Angebot Pekings verdiene eine ernste Überprüfung; Nachgiebigkeit verdiene auch des anderen Nachgiebigkeit. Wenn dieses zwischen Gegnern zutrifft, so muß es erst recht zwischen Alliierten gelten. Deshalb ist zu hoffen, daß sich auch die Westmächte untereinander kompromissbereit zeigen, wenn wirklich eine Aussicht auf Frieden besteht.

Die aggressive Haltung der USA gegenüber China hat dazu geführt, daß das Vertrauen der amerikahörigen Staaten "einen schweren Stoss" erhalten hat, meint die Baseler NATIONAL-ZEITUNG, die vom NEUEM DEUTSCHLAND zitiert wird. In der NATIONAL-ZEITUNG heißt es weiter:

"Die Flucht aus dem Dollar ist ebenfalls heute eine Tatsache. Das internationale Kapital zieht wieder den Besitz von Gold vor, aber auch von Schweizer Franken."

ZUR VIERERKONFERENZ

Die diplomatischen Vertreter der USA, Großbritanniens und Frankreichs haben am Dienstagabend dem sowjetischen Außenminister Wyschinski die Antwortnote ihrer Regierung auf die sowjetische Note vom 30. Dezember 1950 überreicht. Die USA betonen erneut, daß die Beratungen nicht auf die Entmilitarisierung Deutschlands beschränkt bleiben dürfen. Sie bestehen weiter darauf, daß auf einer Viermächtekonferenz

"alle Probleme, die den Weltfrieden gefährden können", erörtert werden. Die Vereinigten Staaten erklären sich mit Paris als Tagungsort für eine vorbereitende Konferenz einverstanden. Der volle Wortlaut der Antwortnote liegt noch nicht vor.

KURZMELDUNGEN

TSSCHECHOSLOWAKISCHE REPUBLIK

(ADN) In einer Note des tschechoslowakischen Außenministeriums an die USA-Botschaft in Prag wird gegen die sich häufenden Verletzungen des tschechoslowakischen Hoheitsgebietes durch USA-Militärflugzeuge protestiert.

CONFIDENTIAL

Next 59 Page(s) In Document Exempt